Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 38. **Montag** den 7. Februar 1887. **81. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Da die vorhandenen Rauch- und Ruß-Belästigungen zum großen Theil mit durch die regelwidrige Beheizung der Stuben- und Küchen-Oefen herbeigeführt werden, so haben wir uns veranlaßt gesehen, die nachstehend abgedruckten Vorschriften zur Erzielung eines möglichst rauch- und rußlosen Betriebes der Hausfeuerungen (Feuerstätten in Stuben und Küchen) aufzustellen, von welchen demnächst einer jeden Haushaltung der Stadt ein Druckexemplar zugetheilt werden wird.

Zugleich bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß wir in nächster Zeit auch eine Revision aller Centralheizungen, Dampfschornsteine und Bäckereiessen werden vornehmen lassen und gegen die Eigenthümer von Feuerungsanlagen dieser Art, welche sich in vorschriftswidrigem Zustande befinden oder nicht vorschriftsmäßig bedient sind, einschreiten werden.

Leipzig, den 11. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wölsch, Ass.

Zur Erzielung eines möglichst rauch- und rußlosen Betriebes der Hausfeuerungen (Feuerstätten in Stuben und Küchen) ist Folgendes zu beachten:

1) Bevor in den Feuerraum Brennmaterial zum Feueranmachen eingelegt wird, hat man sich davon zu überzeugen, daß derselbe völlig rein ist. Alle noch vorhandenen Rückstände der früheren Feuerung sind zu entfernen.

2) Der Aschekasten hat ebenfalls leer zu sein und es ist darauf zu achten, daß er sich während des Feuerns nicht mehr als bis zur Hälfte mit Asche füllt. Sobald derselbe über die Hälfte mit Asche angefüllt ist, muß er entleert werden.

3) Die als Brennmaterial dienenden Kohlen sollen die Größe eines Hühnereies nicht überschreiten und sind nur in trockenem Zustande zu verwenden.

4) Beim Feueranmachen sind nur zwei Dritttheile des Rostes mit Kohlen zu bedecken; der vordere Theil des Rostes ist mit dem, zum Entzünden der Kohlen bestimmten Holz und einigen wenigen Kohlenstückchen zu belegen.

5) Behufs rascherer Entzündung des Holzes muß dasselbe gut getrocknet und zerkleinert sein.

6) Damit die aus dem erwärmten Brennmaterial sich entwickelnden Gase nicht unverbrannt entweichen und Rauch und Ruß verursachen, ist durch Schließung der Feuerthür dafür zu sorgen, daß die zur Unterhaltung des Feuers nöthige Verbrennungsluft **vorwiegend nur von unten her** in das Brennmaterial eintritt.

Je größer und stärker das Feuer ist, desto mehr Luft muß zugeführt werden. Ist das Feuer im Niederbrennen, so muß der Luftzutritt durch Schließung der betr. Oeffnungen vermindert werden.

7) Ist die Kohle entzündet, so ist sie möglichst gleichmäßig auf dem Roste auszubreiten.

8) Um das gleichmäßige Ausbrennen der Steinkohlen zu befördern und das Zusammenbacken der einzelnen Kohlenstücken zu verhindern, empfiehlt es sich, ¼ bis ⅓ gute böhmische Braunkohle unter die Steinkohle zu mischen.

9) Von Zeit zu Zeit muß man sich von dem guten Verlaufe des Feuers überzeugen, welcher an einem gleichmäßig röthlichen Scheine des Aschraumes erkenntlich ist.

Sobald einzelne dunkle Stellen im letzteren sichtbar werden, was von den auf dem Roste liegenden Schlacken und der Asche herrührt, müssen Asche oder Schlacken mit dem Schürhaken entfernt, etwa zusammengebackene Theile des Brennmaterials zerkleinert und die brennenden Kohlen wieder gleichmäßig auf dem Roste ausgebreitet werden.

10) Unterläßt man das rechtzeitige Entfernen der Schlacken, so verschmelzen dieselben leicht mit den Roststäben oder den Seitenwandungen des Feuerraumes, wodurch beide zerstört, gleichzeitig aber auch der letztere, sowie die Luftzuführung verengt werden. Außerdem tritt noch eine verminderte Leistung der Feuerung ein, welcher gewöhnlich ein sorgloses übermäßiges Nachwerfen von Brennmaterial abhelfen soll. Dadurch wird aber der Uebelstand nur vermehrt und eine unmäßige Menge Rauch und Ruß erzeugt, während das öftere Entfernen der Schlacken eine bessere Ausnutzung der Kohlen, also Ersparniß an denselben zur Folge hat.

11) Zu häufiges Oeffnen der Feuerthür und zu langes Offenhalten derselben ist möglichst zu vermeiden.

12) Soll das niedergebrannte Feuer weiter unterhalten werden, so hebe man die gesammte glühende Masse mit dem Schürhaken etwas in die Höhe, zertheile sie, entferne von ihr etwaige Schlacken und schiebe sie gleichmäßig vertheilt auf den hinteren Theil des Rostes (etwa ⅔ desselben), woraus der übrige Theil des Rostes für die nachzulegenden Kohlen frei zu halten ist.

13) **Die nachzulegenden Kohlen sollen niemals auf die glühenden Kohlen geworfen werden**, vielmehr ist durch Zurückschieben der letzteren für die ersteren **unmittelbar an der Feuerthür Platz zu schaffen.**

Durch dieses Verfahren wird eine Vorwärmung der neu hinzugelegten Kohlen erzielt und die sich entwickelnden Gase werden gezwungen, über die glühenden Kohlenschichten zu entweichen und dabei zu verbrennen.

Haben sich die nachgelegten Kohlen genügend entzündet, so sind sie gleichmäßig über den Rost zu vertheilen.

14) **Das Einwerfen von Fetten, Harzen und dergleichen, vor Allem aber das Eingießen von Petroleum in den Feuerraum, sowie die Verwendung von mit Petroleum getränktem Holze zum Feueranmachen ist unter allen Umständen unzulässig.**

Die im Handel befindlichen „Anzünder“ können verwendet werden.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer macadamisirten Unterlage des Kehrichtablade-Platzes an der Eutritzscher Straße und eines 5 m breiten gepflasterten Zufuhrweges nach demselben soll an einen Unternehmer im Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Macadamisirung des Kehrichtablade-Platzes“** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 26. Februar d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 27. Januar 1887.

Ib. 269. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen Bedingungen.**
Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Um der Koksfeuerung mehr Eingang zu verschaffen, haben wir Meidinger'sche Oefen in 9 verschiedenen Größen beschaffen lassen und haben beschlossen, diese Oefen entweder käuflich oder miethweise abzugeben.

Bei käuflicher Uebernahme stellt sich der Preis dieser Oefen, nebst vollständigem Zubehör und einschließlich der Aufstellung, je nach der Größe auf 60 bis 115 ℳ pro Stück.

Die jährliche Miethe dagegen haben wir je nach der Ofengröße auf 7 ℳ 80 ₰ bis 14 ℳ 40 ₰ festgestellt.

Auch stellen wir es in die freie Wahl der Abnehmer, die Oefen auf ein Jahr in Miethe zu nehmen und sich dann über die käufliche Uebernahme zu entscheiden, bei welcher die Hälfte des gezahlten Miethpreises in Anrechnung kommen würde.

Die Besichtigung der Oefen, welche einstweilen in der zweiten Gasanstalt untergebracht sind, kann daselbst zu jeder Tageszeit geschehen. Auch haben wir die Verwaltung der zweiten Gasanstalt angewiesen, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen und Aufträge zur Aufstellung der Oefen anzunehmen und auszuführen.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Holzauction.

Mittwoch, den 16. Februar cr. sollen von **Vormittags 9 Uhr** an auf dem diesjährigen Schlage im Forstreviere **Rosenthal** in der Nähe des **Steges** nach dem **neuen Schützenhause** und der sogenannten **Schleife**

9	Rmtr.	Eichen-**Nutzscheite,**	
68	„	Eichen-	**Brennscheite,** sowie
13	„	Buchen-	
18	„	Rüstern-	
4	„	Linden-	
8	„	Eller-	
11	„	Weiden-	
15	„	Eller- und	**Rollen**
5	„	Weiden-	

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen **sofortige Bezahlung** meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf obigem Schlage.

Leipzig, am 4. Februar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die Stelle des **Gemeinde-Vorstandes** für unseren Ort, mit welcher die Verwaltung des **Standesamtes** verbunden ist, ist vom 1. Juli d. Js. neu zu besetzen. Als Gehalt werden **1800** ℳ (inclusive 300 Mark für Verwaltung des Standesamtes) gewährt. Cautionsfähige Bewerber (1500 Mark) wollen ihre Gesuche bis zum 1. März d. Js. dem Unterzeichneten zugehen lassen.

Schönefeld-Leipzig, den 1. Februar 1887.

Dr. F. Elsner,
Gemeinde-Aeltester.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 7. Februar 1887.

* Seit einiger Zeit bemühen sich (so führt die „Kölnische Zeitung“ in einer Berliner Correspondenz aus) die Fortschrittsblätter in den verschiedenartigsten Meldungen, den Kronprinzen gegen den Kaiser auszuspielen und dem Kronprinzen, unserem ältesten deutschen Feldmarschall, die Beleidigung anzuthun, daß sie verbreiten, er sei ein Gegner des Septennats. Eugen Richter gab in seinem Blatte wiederholt dazu das Signal, dann wurden die „Indépendance“ und der „Matin“ zur Ablagerung solcher Nachrichten gebraucht, und heute überbietet sie alle das „Berliner Tageblatt“, indem es als Mittheilung von der Börse verbreitet, daß dort von dem Geheimen Commerzienrath Mendelssohn erzählt worden sei, der Kronprinz habe zu diesem geachteten Mitgliede der Kaufmannschaft geäußert: „Ich wundere mich über die Beunruhigung der Börse. Frankreich wird uns nicht angreifen und wir werden Frankreich nicht angreifen“. Das Blatt fügt dieser beigedruckten Aeußerung die Bemerkung hinzu: „Sobald diese bedeutsame Aeußerung bekannt wurde, griff eine fühlbare Ruhe der erregten Gemüther Platz“. Wir sind in den Stand gesetzt, diese Nachricht für vollständig aus der Luft gegriffen zu erklären. Der Kronprinz hat keinerlei Aeußerung dieser Art gethan, weder dem Geheimen Rath Mendelssohn gegenüber, den er seit längerer Zeit nicht gesehen hat, noch überhaupt zu irgend einem andern. Ebenso sind wir in den Stand gesetzt, zu erklären, daß der Kronprinz voll und ganz auf dem Boden des Septennats wie der Heeresvorlage überhaupt steht. Ein Berliner Berichterstatter des „Standard“ hat vor einigen Tagen dem Kaiser die Worte in den Mund gelegt: „Wir werden keinen Krieg haben.“ Die Fortschrittspresse hat diese angebliche Aeußerung natürlich in üblicher Weise gegen die Militairvorlage verwerthet. Auch diese Aeußerung wird von der „Post“ als vom Kaiser nicht gethan, vielmehr als eine von jenem „Berichterstatter“ erfundene erklärt.“

* Zu der Kundgebung des Papstes über das Septennat bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz“:

Es ist ein höchst merkwürdiges Actenstück, in welchem sich der heilige Stuhl selbst über die Haltung des Centrums ausspricht. Wenn diese Partei und die mit ihr verbündeten Deutschfreisinnigen die Meinung zu verbreiten suchen, als sei diese Note für den politischen Kampf unserer Tage von geringer praktischer Bedeutung, oder wenn sie gar aus einigen kühlen Phrasen ein Vertrauens- und Dankesvotum an das Centrum herauslesen wollen, so ist es ihnen damit selber schwerlich ernst. Nein, von höchster kirchlicher Stelle wird mit größter Offenheit ausgesprochen, daß die oppositionelle Haltung der Centrumspartei den Interessen der katholischen Kirche und den Bestrebungen des heiligen Stuhles nicht entspricht. Auch der Papst sieht nicht mehr ein, was das Wohl der katholischen Kirche mit den weltlichen Stellungen des Herrn Windthorst und mit der Förderung aller zersetzenden, radical-demokratischen, reichs- und staatsfeindlichen Bestrebungen zu thun hat. Wenn Herr Windthorst und seine nächsten ultramontan-deutschfreisinnigen Verehrer das für eine Dankes- und Vertrauenskundgebung nehmen, so sind sie mehr als beneidenswerth. Jeder andere würde darauf die Aufforderung entnehmen, eine Parteileitung niederzulegen, die von der allerberufensten Stelle als eine verfehlte und verderbliche bezeichnet wird. Wir glauben nun freilich nicht, daß Herr Windthorst so viel Selbsterkenntniß besitzt, aber das unterliegt auch gar keinem Zweifel, daß die Centrumspartei, wie sie aus diesen Wahlen wiederkehren wird und wie sie sich nach der Entwickelung der kirchenpolitischen Dinge in den letzten Jahren nothwendig gestalten mußte, nicht mehr die alte ist und sein kann, und damit ist der parlamentarischen Herrschaft des Welfenführers die Axt an die Wurzel gelegt. Der Kampf um das Septennat war die entscheidende Krisis für die Centrumspartei und dabei hat Herr Windthorst das Spiel verloren. Die Wirkung des päpstlichen Schreibens im katholischen Volke warten wir ruhig ab. Die Auflehnung gegen das Welfen- und Demokratenregiment war ja schon in vollem Gang; sie wird aus der neuesten römischen Kundgebung nur frische Nahrung ziehen. Sie wird auch dadurch befördert werden, daß, wie sich jetzt offenbar herausstellt, die Wünsche des päpstlichen Stuhles hinsichtlich der Annahme der Militairvorlage von den Führern des Centrums einfach unterschlagen worden sind. Bei der notorischen Geneigtheit einer Reihe von Centrumsmitgliedern, das Gesetz anzunehmen, hätte es ganz gewiß nur einer Mittheilung des päpstlichen Wunsches bedurft, um den geringen erforderlichen Zuzug aus dem Centrum zu beschaffen. Für die fernere Entwickelung unserer Parteiverhältnisse ist die vorliegende Note das wichtigste, seit geraumer Zeit dagewesene Ereigniß und von einer heute vollständig noch gar nicht zu übersehenden Tragweite.

Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt zu dem Schreiben des Cardinals Jacobini:

Diese Kundgebung beweist: 1) Die Centrumsführer haben vor der entscheidenden Abstimmung die Erklärung des Papstes besessen, daß er hohen Werth darauf lege, wenn das Centrum in der Militairfrage mit der Regierung ginge. 2) Sie haben der versammelten Fraction diese Kundgebung verschwiegen und derselben entgegengehandelt. 3) Freiherr v. Franckenstein hat später dem Papst die Pistole auf die Brust gesetzt und erklärt, wenn der Papst dem Centrum in seine Politik hineinreden wolle, so seien ihm auch des Papstes kirchliche Interessen gleichgiltig und es trete in seiner Mehrheit vom Schauplatz ab. 4) Nunmehr hat der Papst den Freiherrn v. Franckenstein daran gemahnt, daß kraft seiner Stellung der Papst und nicht der Freiherr v. Franckenstein zu entscheiden habe, was im kirchlichen Interesse erwünscht und geboten sei, und daß kirchliche und moralische Erwägungen es unzweifelhaft hätten machen müssen, daß in der Militairfrage die Katholiken auf die Seite der Regierung getreten wären. 5) Endlich brandmarkt der Papst die Unterschlagung seiner früheren Kundgebung, indem er durch seinen Cardinalstaatssecretair ihm ausdrücklich aufgiebt, diese seine neueste Willenserklärung nicht mehr, gleich der früheren, nachdem er mit Herrn Windthorst Rücksprache genommen, in die Tasche zu stecken, sondern den Centrumsmitgliedern bekannt zu geben. Zu größerer Sicherheit ist denn auch auf anderem Wege für die Veröffentlichung gesorgt worden. Es ist herbe Wahrheit, welche die Centrumsführer lesen müssen; aber sie ist wahrlich verdient. Hätte der Papst anders gehandelt, er wäre zur Marionette des Herrn Windthorst geworden.

* Zu den deutsch-französischen Beziehungen wird officiös aus Berlin geschrieben:

Der Wunsch, authentische Aufklärungen über den Charakter der internationalen Lage zu erhalten, hatte in Paris und Wien zur Ankündigung parlamentarischer Interpellationen geführt. Aber nur in Wien ist, diesem Vorsatze die Ausführung gefolgt; an der Seine scheint man keine Neigung zu verspüren, der Volksvertretung Rede und Antwort zu stehen. Jedoch hat der Ministerpräsident Goblet wenigstens privatim dem interpellationslustigen Deputirten Sigismund Lacroix einige Worte gesagt, welche ihn überzeugen sollen, daß nach den wiederholten Erklärungen des Herrn de Freycinet sowie seinen — des jetzigen Conseilspräsidenten — eigenen früheren Kundgebungen eine Wiederholung vom politischen Standpuncte nicht erforderlich sei. Die neuerlichen Befürchtungen der Finanzkreise schiebt Herr Goblet übrigens ausschließlich den Speculanten in die Schuhe.

Die leitenden Kreise der französischen Politik erachten es also nicht für angezeigt, im gegenwärtigen Augenblick vor dem Auslande das Wort zu ergreifen. Ob sie außer den von Herrn Goblet angeführten noch weitere Beweggründe für ihr zugeknöpftes Verhalten haben und welcher Art diese sein könnten, entzieht sich der Kenntniß des Laienpublicums. Friedliebende Leute mögen es vielleicht bedauern, daß die französische Regierung von der ihr gebotenen Gelegenheit keinen Gebrauch macht, denn sie denken, daß eine unzweideutige Manifestation des Ministeriums Goblet zu Gunsten des Friedens immerhin doch wenigstens keinen Schaden angerichtet haben würde. Andererseits fragt sich freilich jeder denkende Mensch, was Herr Goblet über die Natur der deutsch-französischen Beziehungen hätte vorbringen können, das nicht schon in erschöpfender, klarster und bündigster Weise vom Reichskanzler Fürsten Bismarck im deutschen Reichstage entwickelt worden wäre. Insonderheit die nochmalige Accentuirung der friedfertigen Gesinnungen seiner Politik hätte den jetzigen französischen Ministerpräsidenten der öffentlichen Meinung von keiner anderen, neuen Seite gezeigt, da der Reichskanzler ihm diesbezüglich ein rückhaltlos anerkennendes Zeugniß ausgestellt hat. Was allein geeignet wäre, uns wirklich Ruhe zu verschaffen: der definitive Verzicht Frankreichs auf Rückeroberung Elsaß-Lothringens, ist von Herrn Goblet nicht ausgesprochen und wird es auch in Zukunft schwerlich werden. Desgleichen schweigt sich Herr Goblet über die leither bekannt gewordenen französischen Rüstungsmaßregeln an der Grenze gegen Deutschland völlig aus. Es ist charakteristisch für die Signatur des Augenblicks, daß zwei Strömungen, wie die officielle friedliche und die sich in thatsächlichen Rüstungen documentirende zur Zeit noch inofficielle kriegslustige, unvermittelt nebeneinander herlaufen. Auf uns aber können die Friedensbetheuerungen Herrn Goblets nicht überzeugend wirken, so lange wir Zeugen von dem Fortgange solcher militairischen Vorbereitungen sind, die Frankreich befähigen, eventuell in kürzester Frist zum Kriegszustande überzugehen. Belehrt durch die friedlichen Allüren der momentanen Conjunctur in Frankreich stellen sich nur unsere Ultramontanen und deren parlamentarische Bundesgenossenschaft. Ihre Taktik innerhalb und außerhalb des Reichstages ladet den Chauvinismus unserer westlichen Feinde geradezu ein, auf dem betretenen Pfade zu verharren, und sollte ihnen ein böses Verhängniß bei den bevorstehenden Neuwahlen zum deutschen Reichstage das Heft abermals in die Hände spielen, so würde das Wort des Feldmarschalls Grafen Moltke von der alsdann eintretenden Unvermeidlichkeit des Krieges schnellere Verwirklichung finden, als sich die Opposition träumen läßt.

* * *

* Die geplante Maasbefestigung begreift die Errichtung von sieben Festungswerken zwischen Lüttich und Namur; die Kosten belaufen sich auf 60 Millionen.

* Ueber die Stellung Englands zu etwaigen continentalen Verwickelungen schreibt die „Morning Post“, an den bekannten Artikel der Berliner „Post“ anknüpfend, anscheinend inspirirt, es werde kaum irgend Jemand rathen, daß England seine Stellung als europäische Großmacht aufgeben solle. „Die Interessen des britischen Reiches sind aufs Engste verknüpft mit unserer Stellung in Europa, als daß wir eine passive Haltung angesichts der gegenwärtigen Lage annehmen könnten. Es würde ein Verbrechen sein, wenn wir eine ernstliche Initiative bei der gegenwärtigen Lage Europas ergreifen wollten; es würde aber nicht nur ein Verbrechen, sondern geradezu Selbstmord bedeuten, sich für eine Politik strikter Nichtintervention zu erklären. Das letztere fürchtet man in Berlin, indem man annimmt, daß Englands Parlamentarismus verhindern werde, daß es seine vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen erfülle.“

* Die portugiesische Regierung setzt ihre Bemühungen zur Ausrottung des Sclavenhandels in ihrem ostafrikanischen Colonialgebiete fort. Wie mitgetheilt wird, hat der Generalgouverneur von Mozambique unterm 9. December v. J. eine Verordnung erlassen, welche sehr strenge Vorschriften enthält, die nach dem Gutachten von Sachkennern dem Sclavenhandel vollends den Garaus machen dürften. Man führt den Erlaß beregter Verordnung auf directe Weisungen aus Lissabon zurück, wo die Regierung sich mit der öffentlichen Meinung Portugals in der Verurtheilung des Sclavenhandels eins weiß.

* Dem Reichskanzler ist aus Mexiko nachstehendes Telegramm zugegangen: „Ew. Durchlaucht erlauben sich Unterzeichnete, in der Hauptstadt Mexiko ansässige Deutsche, ihre volle Zustimmung zu der im Reichstage zur Sicherheit des Vaterlandes von Ew. Durchlaucht so fest und glänzend vertretenen Heeresvorlage auszudrücken, und hegen die bestimmte Ueberzeugung, daß in den bevorstehenden Wahlen die wahren vaterländischen Gesinnungen des gesammten deutschen Volkes zum Durchbruch kommen werden“. (Es folgen 69 Unterschriften.)

Aus dem preußischen Landtage.

* **Berlin**, 5. Februar. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Berathung des Eisenbahnetats fort. Abgeordneter von Wedell-Malchow nahm den Landeseisenbahnrath gegen die in der gestrigen Verhandlung geübte scharfe Kritik in Schutz. Abg. von Meyer-Arnswalde wünschte, die Reichspost möchte für die Benutzung der preußischen Staatsbahnen stärker herangezogen werden und trug eine locale Beschwerde hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse zwischen Berlin und Arnswalde vor. — Abg. Bachem verbreitete sich wieder über das Thema der Eisenbahnunglücksfälle, deren Grund vorzugsweise in der Ueberbürdung des Betriebspersonals zu suchen sei. Wenn auch seit der Eisenbahnverstaatlichung manches für die Beamten geschehen sei, so bleibe doch noch viel zu thun übrig. Minister Maybach wies statistisch nach, daß auf preußischen Eisenbahnen weniger Unfälle stattgefunden als auf anderen deutschen Bahnen und rechtfertigte seine Haltung in der Frage der Beamtenüberbürdung. Abg. Hammacher führte die Behauptungen verschiedener Vorredner über die ungünstigen finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung auf das gebührende Maß zurück. Abg. Meyer-Breslau kam nochmals auf seine Behauptungen über das finanzielle Resultat und die Unglücksfälle zurück. Auch der Minister Maybach ging nochmals auf das letztere Thema ein. Abg. Schmieding trat für Aufrechterhaltung der Differentialtarife für den Kohlentransport ein. Bei den „Ausgaben“ kamen die Petitionen von Weichenstellern und anderen Beamten um Gehalts- und Rangerhöhung zur Verhandlung. Weiter wurden noch die durch Funken aus den Locomotiven entstehenden Brandschäden, der Wagenmangel, die Stellung der technischen Beamten gegenüber den Juristen in den Eisenbahn-Directionen, die Unzulänglichkeit verschiedener Bahnhöfe u. A. zur Sprache gebracht. Am Dienstag beginnt die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern.

* Die Errichtung eines eigenen Landgerichts in Bochum ist seit langer Zeit ein sehr lebhafter und berechtigter Wunsch der Bewohner jenes volk- und verkehrsreichen Bezirks, der jetzt gerichtlich mit Essen vereinigt ist. Bei der Berathung des Justizetats im Abgeordnetenhause hat der Abg. Schmieding (nationalliberal) diesen Wunsch vorgetragen und eine Antwort vom Ministertisch empfangen, die zu der Hoffnung berechtigt, daß dem sehr begründeten Antrag demnächst entsprochen werden wird. Die Betheiligten werden dem genannten Abgeordneten für diese erfolgreiche Anregung gewiß zum Dank verpflichtet sein.

Colonialpolitisches.

* Die „Colonialpolitische Correspondenz“ berichtet über einen neuen Verlust der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft:

Am 16. December 1886 ist Lieutenant Zboril, der Vorsteher der Station Mafi, auf dem Wege nach Korogwe gestorben. Er hatte am 6. December einen Blutsturz erlitten, der sich seitdem fast jeden Tag wiederholte, ohne daß der Kranke etwas zu sich nehmen konnte. Da er zu schwach war, um den Weg nach Korogwe noch zu Fuß zurücklegen zu können, ließ er sich auf einer Bahre tragen. Sein Ende erfolgte ohne jede Qual und ohne daß er einen Laut ausgestoßen hätte. Die Träger bemerkten erst, daß sie einen Todten trugen, als sie die Bahre, um auszuruhen, niedergelegt hatten. Der Verstorbene war österreichischer Unterthan. Er kam im Mai des vorigen Jahres auf der Durchreise nach Transvaal, wo sein Bruder lebt, nach Zanzibar und trat, da ihm die Verhältnisse zusagten, sofort in den Dienst unserer Gesellschaft. Auf seinen Wunsch wurde ihm die neue Station Mafi übertragen, auf welcher er die ersten Anlagen mit vielem Geschick und Fleiß gefördert hat. Der Befehl auf Mafi ist an Herrn Brasche übertragen, der am 18. December dahin aufgebrochen ist und seinerseits in Korogwe durch Herrn Joost ersetzt wurde.

Ueber die Ermordung des Dr. Jühlke berichtet dieselbe Correspondenz das Nähere nach Mittheilungen eines Eingeborenen:

Ein großer Theil der Somalis ist nach der That geflüchtet, allerdings nur eine halbe bis eine Tagereise weit in das Innere. Sie kommen aber täglich in einzelnen Trupps nach Kismayu zurück. Unter anderen ist in Kismayu häufig auch ein gewisser Ilo, welcher mit Herrn Regierungs-Baumeister Hörnecke als dessen Somalidolmetsch und zusammen mit Mohamed bin Ali seiner Zeit in Halule war. Von diesem, der ihm sehr zugethan ist, hat Mohamed allmälig erfahren, daß am Tage der Ermordung, Mittags, im Fort zu Kismayu eine allgemeine Volksversammlung war, der auch der Wali anwohnte. Bei derselben wurde allseitig darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Ankunft des Deutschen mit den vielen Waarenvorräthen der ganze arabische Handel vernichtet würde und daß der Deutsche Kismayu wieder räumen müsse. Falls er dies nicht freiwillig thue, müsse er umgebracht werden. Ferner hat der Mörder, ein junger Mensch, der mit seinen Eltern in Kismayu wohnhaft ist, als diese letzteren, sowie die Stammesältesten und einige andere gerade am Orte weilende Somalihäuptlinge, welche Dr. Jühlke sehr zugethan gewesen waren, sowie auch Ilo ihn nach der That, indem sie ihn bei der Hand ergriffen, fragten, warum er den Deutschen umgebracht habe, geantwortet: „Der Wali hat mir gesagt, ich werde Dir 100 Dollars geben, wenn Du den Deutschen erschießt. Ihr könnt machen mit mir, was Ihr wollt. Ihr könnt mich nach Zanzibar oder sonstwohin bringen, der Wali hat mir dies gesagt!“ Den Namen des Mörders hat Mohamed nicht erfahren können. Er sagt, kein Somali würde ihn nennen.

Zur Wahlbewegung.

* **Leipzig**, 6. Februar. Wir wissen recht wohl, daß in der Wahlbewegung die Worte nicht auf die Goldwaage gelegt werden und daß die Parteien herüber und hinüber sich oft Dinge in das Gesicht sagen, für welche es den Betreffenden schwerlich gelingen würde, den Beweis der Wahrheit zu